

Die Ernährungs-Organisation.

Aus den Verhandlungen des Reichstags-Ausschusses.

Bei der Weiterberatung der Organisation der Lebensmittelversorgung im Hauptausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich, dem Kriegsernährungsamt würden seine Aufgaben und Befugnisse so rasch als möglich und im vollen Umfange übertragen werden, damit es schnell und gut arbeiten könne. Für eine einheitliche Bearbeitung aller Hauptfragen sei gesorgt. Ein Vertreter des Kriegsministeriums führte aus, die Beziehungen des Kriegsministeriums zum neuen Amte seien diktiert von den Bedürfnissen des Heeres, das gewisse feststehenden Mengen Lebensmittel unbedingt benötige. In diesem Quantum werde aber keineswegs starr festgehalten, die Lage der Zivilbevölkerung werde auch vom Kriegsministerium vollauf gewürdigt. Der Präsident des Kriegsernährungsamts habe mit dem Kriegsminister und dem stellvertretenden Kriegsminister verhandelt und eine vollständige Verständigung sei das Ergebnis. Es herrsche auf allen Seiten guter Wille. Wichtig sei, daß die Militärbehörde sich im Kriege nicht unterordnen könne, aber eine neue Verfügung an die militärischen Stellen im Lande bestimme, daß in allen Fragen, die das Kriegsernährungsamt berühren, die Entscheidung des Kriegsministers unbedingt maßgebend für alle militärischen Stellen sei. Die kommandierenden Generale würden also hier Rücksicht zu nehmen haben.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter weist darauf hin, daß der föderative Charakter des Reiches während des Krieges zu manchen Schwierigkeiten und Verzögerungen geführt habe. In Süddeutschland, z. B. Württemberg sei die Rationierung des Fleisches, der Butter, Eier usw. längst durchgeführt, in Preußen noch nicht. In den nächsten zwei Monaten bis zur Ernte werde nicht mehr viel zu ändern und zu bessern sein. In Bezug auf die Beschaffung der Lebensmittel für das Heer sollte das Kriegsministerium subordiniert sein.

Auch ein konservativer Führer begrüßte die Neuschöpfung. Bei der Zusammensetzung des Beirats müsse aber die Landwirtschaft und der Kleinhandel vertreten sein. Auch die wirtschaftlichen (gelben) Arbeiterorganisationen solle man berücksichtigen. Von dem Lebensmitteldiktator, der Deutschland retten solle, scheine nach dem bisher Gehörten nicht viel übrig zu bleiben.

Präsident v. Batoeki erwiderte, er habe zu seinen Mitarbeitern das volle Vertrauen, daß er mit ihnen werde erfolgreich arbeiten können. Es liegt in der Natur der Sache, daß er nicht das ganze Gebiet der Volksernährung auf einmal übernehmen und in befriedigende Bahnen lenken könne; da werde eine Spezialfrage nach der anderen an die Reihe kommen müssen. Was die Landwirtschaft angehe, so sei jedes Mittel zur Erhaltung und Steigerung der Produktionsfreudigkeit anzuwenden. Allerdings müsse das Interesse der Erzeuger in den nächsten zehn Wochen in den Hintergrund treten. Jetzt sei angesichts der Lage im Lande und mit Rücksicht auf die Wirkung nach außen hin eine

Besondere Berücksichtigung der Konsumenten

am Plage. Zu den Erzeugern habe er das Vertrauen, daß sie, wenn sie auch zunächst vielleicht verstimmt sein würden, doch hinreichend Pflichtgefühl und nationales Empfinden haben und die Produktion aufrecht erhalten würden. Die Landwirte brauchten nicht zu glauben, daß die Verhältnisse so bleiben würden; vielmehr werde sehr bald auch vom Kriegsernährungsamt alles geschehen, um die Erzeugung zu fördern.

Staatssekretär Dr. Helfferich betonte, die Befugnisse des Kriegsernährungsamts würden zur einheitlichen beschleunigten Durchführung der Volksernährungsverordnungen ausreichen. Ein- und Ausfuhr könne dem Amt nicht übertragen werden, da dabei nicht nur Ernährungsfragen in Betracht kämen; deswegen habe sich der Kanzler diese Fragen selbst vorbehalten.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein fügt hinzu, die Entwicklung der Verhältnisse müsse zeigen, ob dem Amt später noch weitere Befugnisse übertragen werden könnten. Die Förderung der Produktion bleibe in der Hauptsache Aufgabe der einzelstaatlichen Landwirtschaftsministerien. Im preussischen Landwirtschaftsministerium sei jetzt eine „Nachrichtenstelle für landwirtschaftliche Erzeugung“ errichtet worden.

Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß das Kriegsernährungsamt hin und wieder in die landwirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen müsse. Daher sei die Berufung praktischer Landwirte in den Vorstand notwendig, so würden auch Mißdeutungen eher vermieden. Dies bezwecke der Antrag des Zentrums, je einen Vertreter der norddeutschen und süddeutschen Erzeuger zu kooptieren. Die Mitwirkung der Landeszentralbehörden sei nicht zu entbehren. Den parlamentarischen Ernährungsbeirat (16 Mitglieder aus allen Parteien des Reichstags) solle man dem Kriegsernährungsamt beordern.

Präsident v. Batoeki erwiderte, er wolle seine Bedenken gegen eine Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder von 9 auf 11 zurückstellen und beim Reichskanzler beantragen, je einen norddeutschen und süddeutschen Landwirtschaftsvertreter zu berufen. Dagegen müsse die in der Verordnung enthaltene Bestimmung, daß der Reichskanzler (Präsident des Kriegsernährungsamts) unmittelbar die Landesbehörden anweisen könne, aufrecht erhalten bleiben. Mit den Landeszentralbehörden werde selbstredend eine Verständigung in wichtigen Fragen gesucht werden, aber allgemein würde dieser Umweg zu umständlich sein.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein sprach sich dahin aus, den parlamentarischen Beirat zweckmäßiger beim Reichsamt des Innern zu belassen.

Ein Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft forderte

Direktfreiheit für die Behandlung der Lebensmittelfragen

und rücksichtslose Durchführung aller Maßnahmen bei der Landwirtschaft.

Ein sozialdemokratischer Redner hielt die Angliederung des als Zwischenorgan des Reichstags geltenden parlamentarischen Beirats an das Ernährungsamt und seine stete Anhörung für unbedingt notwendig. — Ein Zentrumsredner forderte genaue Kontrolle der Kriegsgesellschaften durch das Ernährungsamt. Bei diesen Gesellschaften gebe es in Einzelfällen hohe Gehälter für Direktoren und sonstige hohe Gebühren. Wenn auch in den nächsten Monaten das Interesse der Konsumenten im Vordergrund stehen müsse, so dürfe dabei doch nicht der Produzent ganz vernachlässigt werden, sonst wäre der Endzweck der Verordnungen in Frage gestellt.

Ein anderer sozialdemokratischer Redner wünschte Unterbindung der wucherischen Händlerpreise durch eine gesunde Dezentralisation. Die Gebrauchsartikel dürften nicht dem freien Handel verbleiben, sondern müßten rechtzeitig beschlagnahmt und rationiert werden. Die Höchstpreispolitik habe in dem Moment einzuführen, wo Preissteigerung sich zeige. Surrogate sollten nur dann auf den Markt gelassen werden, wenn sie vorher untersucht und die Preise dafür geregelt seien.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter trat ebenfalls für Angliederung des parlamentarischen Beirats an das Kriegsernährungsamt ein. Das sei auch aus sachlichen Gründen notwendig. Gerade für die Sommerferien des Reichstags sei diese

Angliederung besonders wichtig, da der Beirat dann die Verbindung mit der Regierung aufrecht zu erhalten habe. Der Redner begrüßt es, daß der Präsident und die übrigen Regierungsvertreter ausdrücklich erklärten, eine

Diktatur sei nicht beabsichtigt.

Die Futtermittel müßten dorthingebacht werden, wo sie den größtmöglichen Nutzen bringen. Durch die Art der Wertverteilung seien die allergrößten Ungerechtigkeiten für die Kleinbetriebe entstanden. Die Zuweisung von Futtermitteln nach Maßgabe des Viehstandes sei das einzige Mittel, die Produktion zu fördern und die Produktionskosten zu ermäßigen.

Staatssekretär Dr. Helfferich bat nochmals um Belassung des parlamentarischen Beirats beim Reichsamt des Innern. Den Sitzungen des Beirats werde der Präsident des Kriegsernährungsamts beiwohnen, um Aufklärung zu geben und Anregungen entgegenzunehmen.

Ein Zentrumsredner wollte alles vermieden wissen, was dem Präsidenten des Amtes die Initiative unterbinden könne. Deshalb sollten die Landeszentralbehörden das Amt nach Kräften unterstützen. Alles werde auf die praktischen Leistungen und Erfolge des Kriegsernährungsamtes ankommen. Sein Präsident solle nur energisch seine Aufgabe durchführen und das große Vertrauen des deutschen Volkes zu rechtfertigen suchen.

Ein konservativer Redner warnte, in der nächsten Zeit die Produzenten allzu sehr zu vernachlässigen. Im übrigen reichten die Regierungserklärungen vollkommen aus, und deshalb könnten die weitergehenden Anträge abgelehnt werden.

Präsident v. Batoeki erwiderte, er habe bei seinen Ausführungen, daß das Interesse der Erzeuger in den nächsten Wochen in den Hintergrund treten müßte, an die Heranschaffung der noch vorhandenen Fleisch-, Kartoffel- und Buttervorräte gedacht.

Ein nationalliberaler Abgeordneter wendet sich gegen eine Zurückdrängung des parlamentarischen Beirats. Zunächst müsse die Versorgung der Konsumenten gesichert werden, ohne die weitere Produktion zu schädigen.

Ein Sozialdemokrat legt dar, daß zur Aufrechterhaltung der Kriegsindustrie eine bessere Verpflegung der Arbeiter nötig sei.

Nachdem noch der konservative Abgeordnete v. Oldenburg-Januschau sich gegen unrichtige Auslegung seiner Rede verteidigt und ein Volksparteiler wiederholt hatte, daß die Neußerungen v. Oldenburgs die Kartoffelverordnung in den Augen des Publikums herabgesetzt haben, wurde die Weiterberatung nach achtstündiger Beratung vertagt.